

Standortprobleme sind zumeist hausgemacht

# Gewerbe soll kommen, aber nicht vor die eigene Tür

**Verwaltung müßte eigentlich Dienstleister sein**

**Beeskow (hk)** Der Wirtschaftsstandort Deutschland oder Brandenburg ist nicht gefährdet durch eine falsche Politik an der Spitze, ausgehöhlt werde er vielmehr an der Basis. Dieser Meinung ist zumindest der Geschäftsführer des Wirtschaftsfördervereins Oder-Spree, Heinz Lassowsky.

Jeder sage, wir brauchten Industrieansiedlungen und die Niederlassung von produzierendem Gewerbe. Aber niemand wolle es vor seiner Tür. Auch in Beeskow habe es ja eine derartige Unterschriftensammlung gegen die Spanplatte gegeben. Aber es gehe doch nicht an, meint der Wirtschaftsförderer, daß ständig Minderheiten ihre Interessen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen können.

---

**Ein guter Standort, aber mit einem schlechten Ruf**

---

Eigentlich sei Brandenburg ein guter Wirtschaftsstandort, habe jedoch bei Investoren einen schlechten Ruf, weiß der Mann der Wirtschaftsförderung aus Erfahrung. Ein Horror sei die komplizierte Genehmigungsstruktur. Viele Behörden und Ämter verstünden sich eher als Zensor, nicht als Partner potentieller Investoren. Dabei sei es eigentlich gar nicht ihre Sache zu entscheiden, ob eine Investition genehmigt wird oder nicht. Verwaltung müßte vielmehr als Dienstleister den Investoren Wege weisen.

„Offensichtlich hat man noch nicht

verstanden, daß die Wirtschaft letztendlich entscheidet über die Finanzierbarkeit der Kommunen. Und auch über die Gehälter der Verwaltungsangestellten“, redet Heinz Lassowsky Klartext.

Verheerend sei die große Zahl sogenannter Träger öffentlicher Belange, die bei jedem Investitionsvorhaben eine Einspruchsmöglichkeit haben. Heinz Lassowsky: „Mit diesen zahlreichen Einspruchsmöglichkeiten wäre der Aufbau der Bundesrepublik nach 45 niemals gelungen.“

---

**Landesämter sind immer wieder ein Nadelöhr**

---

Er zieht einen Vergleich zwischen den Genehmigungsverfahren für ein Betonwerk in Niedersachsen und das in Beeskow. Dort erteilt das Bauordnungsamt des Kreises die Genehmigung. Hier mußte zusätzlich das Landesamt für Umwelt- und Emissionsschutz eingeschaltet werden. Dabei sind solche Landesämter, teils wegen Personalmangel, teils wegen Entscheidungsunsicherheit, regelrechte Nadelöhere für potentielle Investoren. Absolut negativ für das wirtschaftliche Vorankommen sei beispielsweise die Zusammenlegung von Raumordnung sowie Umwelt- und Naturschutz in einem Ressort. Eine Konstruktion, die es so in keinem anderen Bundesland gibt, wie der Geschäftsführer feststellt.